

**Medienmitteilung vom 6. März 2013**

## **Grüne nehmen Gegenvorschlag mit Enttäuschung zur Kenntnis Mühleberg vom Netz**

**Der Regierungsrat hat heute seinen Gegenvorschlag zur Initiative "Mühleberg vom Netz" präsentiert. Die Grünen Kanton Bern nehmen diesen mit Enttäuschung zur Kenntnis. Das AKW Mühleberg ist eines der ältesten Atomkraftwerke weltweit und muss gemäss Auflagen der Atomaufsicht nachgerüstet werden, um sicher betrieben werden zu können. Angesichts dessen ist es unverständlich, das AKW Mühleberg unter Umständen gar bis ins Jahr 2022 weiterlaufen zu lassen. Der Gegenvorschlag ist klar ungenügend.**

Die nationale Atomausstiegsinitiative der Grünen sieht vor, dass die Schweizer Atomkraftwerke spätestens nach 45 Betriebsjahren vom Netz genommen werden müssen; beim AKW Mühleberg wäre dies im Jahr 2017. Vorbehalten ist die vorzeitige Ausserbetriebnahme aus Sicherheitsgründen. Die Initiative "Mühleberg vom Netz" fordert währenddessen, dass das AKW Mühleberg sofort ausser Betrieb genommen werden muss. Bei einer Annahme der Initiative "Mühleberg vom Netz" würde der Zeitpunkt der Ausserbetriebnahme des AKW Mühleberg gegenüber der gesamtschweizerischen Ausstiegsinitiative um rund zwei bis drei Jahre beschleunigt. Die BKW ihrerseits hat in Aussicht gestellt, dass sie das AKW Mühleberg bis ins Jahr 2022 betreiben möchte. An diesen Zahlen hat sich ein Gegenvorschlag zu orientieren.

Aus Sicherheitsgründen ist aus Sicht der Grünen eine sofortige Ausserbetriebnahme des AKW Mühleberg angezeigt. Die Auflagen der schweizerischen Nuklearaufsicht zeigen auf, dass für einen sicheren Weiterbetrieb erhebliche und kostspielige Erneuerungen nötig sind – in anderen Worten: Ohne diese Investitionen kann der Betrieb derzeit nicht als ausreichend sicher betrachtet werden.

Als allerspätsten Termin für die Ausserbetriebnahme sehen die Grünen Kanton Bern das Jahr 2017. Dieses Jahr liegt zwischen dem von der BKW angepeilten Termin und der voraussichtlichen Ausserbetriebnahme bei einer Annahme der Initiative "Mühleberg vom Netz". Die Grünen bedauern es, dass sich der Regierungsrat nicht gemeinsam mit der BKW bereits heute auf einen solchen verbindlichen Ausstiegszeitpunkt verständigt hat. Allein diese Vorgehensweise hätte einem Gegenvorschlag das nötige Gewicht gegeben, um eine Alternative zur Initiative darzustellen.

Der nun vorgeschlagene Zeitpunkt der Ausserbetriebnahme stellt gegenüber der heutigen Situation kaum eine Verbesserung dar. Es drängt sich die Vermutung auf, dass der Regierungsrat das Szenario der BKW übernommen hat. Der einzige positive Aspekt am Gegenvorschlag besteht darin, dass mit der Annahme des Gegenvorschlages endlich ein verbindlicher Endzeitpunkt für die Ausserbetriebnahme feststehen würde. Diese politische Klarheit ist dringend nötig. Allerdings ist das Jahr 2022 viel zu spät. Die Grünen werden sich im Grossen Rat dafür einsetzen, dass der Ausstiegszeitpunkt des Gegenvorschlages nach vorne verschoben wird.

**Für weitere Auskünfte:**

Blaise Kropf, Grossrat, Präsident Grüne Kanton Bern,  
079 263 47 68